



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/163 - 26. Juli 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831-33  
Fernschreiber 0886890

Zu den deutsch-russischen Verhandlungen in Moskau	S. 1
"Jugend-Festspiele" von Moskau gesehen	S. 2
Vom "C" in der CDU	S. 4
Propaganda am Kirchentor	S. 7
Bonner Wahlkreiskandidat Aßenauer	S. 9

## Es kann beginnen

sp. In Moskau beginnen am Montag die deutsch-russischen Gespräche über einen Handelsvertrag, konsularische Vertretungen und die Rückführung von deutschen Staatsbürgern, die noch in der Sowjetunion leben. Es wäre gewiss nicht richtig, die Frage untersuchen zu wollen, warum diese Verhandlungen erst jetzt stattfinden. Tatsache ist, dass von beiden Seiten bei den Vorverhandlungen taktische und sachliche Fehler begangen wurden, von denen man nur hoffen kann, dass man sie sich in Moskau nicht gegenseitig vorhält.

Den Russen liegt ohne Zweifel sehr viel an dem Abschluss eines Handelsvertrags mit der Bundesrepublik, weil sie auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen besser ihre Wirtschaftsplanungen übersehen können, als im Rahmen eines unverbindlichen Güteraustausches, der unter Umständen je nach der politischen Situation variiert werden kann. Ziel der Russen ist im Übrigen, das bisherige an keinem Vertrag gebundene Handelsvolumen von rd. 500 Millionen Mark im Jahre 1956/57 auf etwa eine Milliarde Mark auszuweiten.

Ein anderer westeuropäischer Staat, Frankreich, hat vor wenigen Tagen ein bis 1960 gültiges Handelsabkommen mit der Sowjetunion abgeschlossen. Wie verlautet, fügt sich dieses Handelsabkommen genau in die russische Wirtschaftsplanung ein. Merkwürdigerweise haben jedoch die Franzosen bis heute der Weltöffentlichkeit nicht mitgeteilt, welches Handelsvolumen ihr mit Moskau abgeschlossener Vertrag hat. Auch Moskau hat sich ausgeschwiegen. Interessant ist in diesem

Zusammenhang die Feststellung, dass Moskau den "kapitalistischen Gegner" Frankreich in letzter Zeit politisch mit einiger Rücksicht behandelt hat...

Das Problem der in der Sowjetunion lebenden deutschen Staatsbürger, die wieder nach Deutschland zurückkehren wollen, ist ein sehr schwierig zu behandelnder Komplex. Hier haben sich schon bei den inoffiziellen Vorverhandlungen erhebliche Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Ungeklärt blieben dabei die Zahl derjenigen Deutschen, die zurückkehren wollen, wie auch der Begriff "deutscher Staatsbürger". Die Russen haben gegenüber der Bundesregierung andere Angaben gemacht als gegenüber dem Roten Kreuz. Es wird also Aufgabe der deutschen Delegation sein, gerade diesen Punkt mit aller notwendigen Umsicht anzusteuern. Auf keinen Fall sollte sich die deutsche Delegation auf einen Handel "Waren gegen Menschen" einlassen.

Bleibt die Frage der konsularischen Vertretungen. Hier scheint sich eine Entwicklung anzubahnen, der grösste Beachtung geschenkt werden sollte.

In Kreisen des Deutschen Roten Kreuzes wurde dieser Tage die Vermutung ausgesprochen, die Russen wollten bei einem günstigen Verlauf der Handelsbesprechungen der Einrichtung konsularischer Vertretungen zustimmen und dann vorschlagen, die Lösung des Problems der Rückführung deutscher Staatsbürger aus der Sowjetunion diesen konsularischen Vertretungen zu übertragen. Russischerseits soll das Argument geltend gemacht worden sein, dass in bestimmten Gegenden entierende Konsularvertreter leichter den Willen der rückwanderungsfreudigen Deutschen feststellen könnten, als eine zentrale Instanz.

Ob diese Vermutungen richtig sind, wird sicher bald festgestellt werden können. Die Russen sind zähe Verhandlungspartner und sie werden bestimmt rücksichtslos jeden sich ihnen bietenden Vorteil bei den Gesprächen in Moskau ausnutzen. Vielleicht werden sie sogar versuchen, die sogenannte DDR bei den Verhandlungen mit ins Spiel zu bringen, um auf diese Weise eine Brücke zwischen Bonn und Pankow zu schlagen. Wie dem aber auch sein mag: entscheidend ist jetzt, dass die Verhandlungen begonnen haben und dass damit zunächst eine Atmosphäre geschaffen werden kann, die der Lösung anderer zwischen Deutschland und Russland bestehender Probleme zuträglich ist.

### Moskau fürchtet "Infizierung" der eigenen Jugend

Die Versuchungen, denen die Sowjetjugend während der "Jugend-Festspiele", die in Moskau in diesen Sommer stattfinden, ausgesetzt sein könnte, beginnen bereits, den Veranstaltern, der Sowjetischen KP, einige Kopfschmerzen zu bereiten. Obgleich die Festspiele dazu dienen sollen, die an ihnen teilnehmenden Nichtkommunisten zu beeinflussen, hat die Kommunistische Partei plötzlich erkannt, dass es einen Ideenaustausch in beiden Richtungen geben könnte, und dass ihr Stolz, die zuverlässige kommunistische Jugend, infiziert werden könnte.

Die Moskauer Jugendzeitung, "Moskowskij Komsomoletz", warnte ihre Leser davor, sich nicht von der farbenfreudigen Kleidung, dem Schmuck, den Zigarettenetuis und Feuerzeugen der Gäste blenden zu lassen. Diese Dinge seien "nationale Gewohnheiten", so stellte das Blatt fest, und die sowjetischen Kraftwerke seien mindestens ebenso viel wert wie wunderschöne Feuerzeuge. Wenn die Gäste die sowjetischen Jugendlichen wegen der auffälligen Moskauer Häuser ansprächen, dann sollten sie ihnen erzählen, wie Moskau vor der Revolution ausgesehen habe und welcher grosse Fortschritt seitdem gemacht worden sei.

"Gastfreundschaft bedeutet keine Unterwürfigkeit", schreibt das Blatt, "wir sprechen hier von der guten Sowjetjugend und -mädels, die sich manchmal leicht überwältigen lassen und aus Mangel an Gewöhnung an solche Dinge einen gewöhnlichen Gegenstand aus dem Ausland als ein Wunder ansehen."

#### Argumente...

Auch die Mai-Ausgabe des "Molodoj Kommunist" bewafnet ihre Leser mit Argumenten, um die Mängel hinwegzudeuten, die der Sowjetjugend ein Gefühl der Unterlegenheit geben könnten: "...Natürlich geht in unserer Lande nicht alles glatt, und es ist nicht allegschön. Wir haben viele Schwierigkeiten, aber das sind Schwierigkeiten des Wachstums, unseres Vorwärtsschreitens, die endgültig überwunden werden. Das muss auch erklärt werden. Von den 40 Jahren sowjetischer Herrschaft waren nicht weniger als 18 Kriegsjahre und Jahre der Wiederherstellung der nationalen Wirtschaft nach dem Kriege. Unser Land trug die Hauptlast des Krieges von 1941-45 auf seinen Schultern... Aber unser Vaterland ist mächtiger denn je zuvor aus diesem Krieg hervorgegangen. Es wächst, entwickelt sich und gewinnt an Stärke mit jedem Tag. Darin zeigt sich wieder einmal die überlegene Kraft unseres sozialistischen Regimes gegenüber dem Kapitalismus... Ja, bei uns herrscht im Augenblick Mangel an gewissen Verbrauchsgütern, und wir haben mit manchen Lebensmitteln Schwierigkeiten. Wer aber zweifelt daran, dass wir bald Überfluss an diesen Dingen haben werden?... Unsere Gäste werden feststellen, dass es in Moskau Holzhäuser gibt und ein gewisser Mangel an Wohnraum herrscht. Ja, das stimmt. Aber wir können und müssen ihnen sagen, dass wir bisher nicht in der Lage waren, für den Wohnungsbau in Moskau grosse Hilfsquellen zu mobilisieren..."

"Molodoj Kommunist", schreibt weiter: "Ein Mangel bei den Vorbereitungen für die Festspiele liegt vor allen darin, dass wir noch immer unserer Jugend so wenig zu helfen vermögen, diese Toteachen zu meistern und zu verstehen und sich politisch auf die Diskussionen mit ihren ausländischen Freunden vorzubereiten. Gerade auf eine Beseitigung dieses Mangels muss die Aufmerksamkeit gelenkt werden..."

ebenfalls einen grossen Raum den Anweisungen an alle Beteiligten und fordert sie auf, ihr Äusserstes zu tun, damit die Festspiele "die Besucher von der Überlegenheit des sozialistischen Systems über den Kapitalismus überzeugen.

#### Vorbereitungen und Kosten

Die Vorbereitungen für die Sechsten Welt-Jugendfestspiele werden von zwei internationalen kommunistischen Jugendgruppen veranstaltet, der Weltföderation der Demokratischen Jugend und der Internationalen Studentenunion. Beide werden von den kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern stark unterstützt.

Die Kosten für das Programm werden gewaltig sein und die Kosten der bisherigen Festspiele bei weitem überschreiten. Obgleich die Satellitenländer eifrig bemüht sind, in Kampagnen das Geld für die Reisekosten ihrer Delegationen aufzubringen, wurde der Löwenanteil an der Finanzlast vom Zentralkomitee der KPdSU übernommen. Diese Organisation spart weder das Geld noch die Zeit noch die Bemühungen der Bevölkerung in der Sowjetunion, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Diese Ziele wurden völlig eindeutig ausgesprochen: "Gewisse Propagandisten begehen bei ihren Vorträgen Fehler, indem sie die Festspiele in primitiver Form darstellen und die Aufmerksamkeit der Jugend vor allem auf das Kulturprogramm lenken... Viele Jugendzeitschriften helfen der Jugend nicht, sich politisch für die Begegnung mit ihren ausländischen Freunden vorzubereiten." (Zeitartikel in "Koloedj Kommunist", Mai 1957)

#### Die zwei Hauptziele

Die Veranstalter der Welt-Jugendfestspiele verfolgen zwei Hauptziele, ein aussenpolitisches und ein innerpolitisches. Das aussenpolitische Ziel ist, den Einfluss der kommunistischen Propaganda unter Mithilfe der Jugend aus anderen Ländern in der freien Welt auszuweiten und damit das politische Leben der kommunistischen Jugend in anderen Ländern zu intensivieren, indem man ihnen die Leistungen des kommunistischen Lebens in der Hauptstadt des Kommunismus zeigt, und um die Eindrücke vom Kampf der polnischen und ungarischen Jugend um Freiheit und Unabhängigkeit aus den Köpfen der antikommunistischen und politisch unbeeinflussten Jugend zu verdrängen. Das innerpolitische Ziel ist, das politische Leben der Sowjetjugend und vor allem der "Komsomol" zu intensivieren und die Aufmerksamkeit der Sowjetjugend von den ungelösten innerpolitischen Problemen der Sowjetunion abzulenken.

Die Haltung der jungen Arbeiter bei den Aufständen in Ungarn, Polen und in der Sowjetzone Deutschlands hat jedoch den kommunistischen Herrschern einige ernste Schläge versetzt. Sie machen heute alle Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die Festspiele keinen Rückschlag bringen, und sie suchen ihre einheimischen Delegierten mit grösster Sorgfalt aus.

"... das Hirn vernebeln"

K.J. Im Schriftenstand einiger katholischen Kirchen in der Bundesrepublik findet man jetzt ein Propagandaheft der CDU, das alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt: die Hetze gegen die SPD erreicht mit diesem Elaborat einen neuen Tiefpunkt. "Schluss mit dem Schwindel! Heraus mit der Wahrheit!", tönt es auf der Titelseite den Gläubigen entgegen, der sich für ein paar Groschen erbauliche Lektüre mit nach Hause nehmen möchte. Aber die Lektüre ist nicht erbaulich, und unchristlicher geht's nimmer. Die Väter der impertinanten Hetzschrift hätten sie besser "Schluss mit der Wahrheit und heraus mit dem Schwindel" nennen sollen ...

Man liest Die SPD ist in Wahrheit gegen die Sicherheit des deutschen Volkes, weil sie Butter statt Kanonen und Schulen statt Kasernen haben will. Was will die SPD mit ihrer Forderung nach aktiver Wiedervereinigungspolitik? Natürlich das ganze deutsche Volk dem allbösen Bolschewismus in die Hände spielen. "...nur die Wiedervereinigung unter Hammer und Sichel wäre schnell zu erreichen. Raus aus Bonn, auf nach Ostberlin und dann wiedervereinigt im roten Massenzuchthaus, Verzeihung: Arbeiterparadies (nach ungarischem Muster)". Da haben wir's! Wer's nicht glaubt, schaue sich die danebenstehenden Bilder der Sowjetgrößen und vom ungarischen Aufstand an.

Die Sozialdemokraten wollen, dumm und vertbrecherisch, wie sie nun einmal sind, anstelle eines höheren Wehretats höhere Renten, damit "... eines Tages die Rentner ihre Rente in Sibirien verzehren. Und wenn die Sowjets dann am Rhein stehen, wird erst recht aufgerüstet. Dann werden 15-jährige Jungen und Mädchen bewaffnet wie in Russland und in der Sowjetzone". Lasse sich bloss keiner " ... durch unsere aktiven Ostpolitiker vom Format des kleinen Fritz das Hirn vernebeln!" Und es wird der Song vom Wahljahr 1953, wonach alle Wege der SPD angeblich nach Moskau führen, neu aufgelegt: wer noch einige "marxistische Verwandtschaftsgefühle hat,

soll nach Sowjetrussland auswandern". Den Russen kann man nur mit dem Schiessprügel gegenüber treten, denn er ist ein Teufel, und "... wer dem Teufel den kleinen Finger gibt, dem nimmt er bald die ganze Hand, und dann umarmt er ihn so, dass ihn der Aton ausgeht". (Deshalb hat Herr Adenauer in Moskau wahrscheinlich Herrn Bulgarin freundschaftlich auf die Schulter geklopft).

Speißübel wird einen von soviel billiger Demagogie, soviel giftiger Dummheit. Die Wetzschrift liegt auf einem Niveau, zu dem man gar nicht hinuntersteigen kann. Aber was will man schliesslich auch von den Soläschreibern eines Kanzlers Besseres verlangen, der selbst die ihm bislang Wohlgesinnten mit dem Donnerruf zutiefst erschreckt hat, eine regierende SPD brächte den Untergang Deutschlands? Die primitiven Hassgesänge der vorliegenden Schrift sind auf dem Notenzapfen der Nazis geschrieben, für die die Juden "unser Unglück" waren.

Aber auch der Wahnsinn von heute hat Methode: für Adenauer war die Lage "noch nie so ernst"; er muss rüsten, um abrüsten zu können; der Krieg steht vor der Tür, der Bolschewismus, Hand in Hand mit der SPD. Und darum heisst es in vorliegendem Pamphlet: "Und jetzt soll ein Kurswechsel kommen? Das wäre eine Reise ins Unbekannte. Ausgerechnet in dieser kritischen Zeit? Ja, wenn friedliche Zeiten wären, wenn nicht soviel auf dem Spiel stünde, dann könnte man ja mal andere Pferde vor den Wagen spannen. Aber so? Lieber nicht. Der CDU-Spatz in der Hand ist doch besser als die bunte SPD-Taube auf dem Dach."

Nun, man schiesst auf Spatzen nicht mit Kanonen. Auch der hier zitierte "CDU-Spatz" wäre nicht der Erwähnung wert, stellte er nicht ein Glied in der Kette überster Verleumdungen dar. Welchen Trottel will die CDU mit dem Geschmier einfangen? Nimmt die Mehrheit der Katholiken, die im Schriftenstand ihrer Kirchen diese Hassdichtungen der CDU vorfinden, diese wirklich ernst? Bedeutet für sie die Auslegung der Schmutzereien im Gotteshaus nicht eine Blasphemie? Nur eben: die Brunnenvergiftung durch die Adenauer-Partei hat Ausmasse angenommen, die nicht mehr zu überbieten sind. Wer so hartnäckig und so allseitig in die Dummheit appelliert, wird zum öffentlichen Ärgernis.

### Notwendige Untersuchung

J.R. - Jahrelang hat die Christlich-Demokratische Union versucht, aus ihren Parteimitgliedern und aus der Fülle der Titel ihrer kirchlichen Vertreter (Ehlers, Gerstenmaier, Cillien, Schwarzhaupt u.v.a.m.) eine "christliche Einheitsfront" zu installieren, die bei dem christlich gebundenen Wähler gar nicht den Gedanken daran aufkommen liess, ein Christ könne auch anders wählen als durch die Stimmabgabe für eine Partei, die ihr christliches Wollen schon im Namen bekenne. Wie kurz der Weg von "Bekennen" und "Wollen" zur schlichten Wählerwerbung ist, das haben viele Dokumente aus dem Wahlkampf bewiesen.

Zwei Umstände haben die CDU mit ihrer so gelagerten Propaganda in die Defensive gedrängt: der Übertritt christlicher Männer und Frauen aus beiden Konfessionen zur Sozialdemokratie und die zweifelhafte Hilfe, die der CDU von seiten kirchlicher Amtsträger und des katholischen Klerus zuteil wird und gegen die sich zu wehren offensichtlich schwerfällt. Wir erinnern nur an den Wahlauftrag des lutherischen Propstes Asmussen (Kiel, jetzt Heidelberg) im Jahre 1953 und an die Rede des Bischofs Keller von Münster.

In dieser Defensive greift die CDU zu Argumenten, die sie in der Vergangenheit nur sehr zögernd handhabte: der CDU-Vorsitzende Adenauer wies darauf hin, dass der Name der CDU (gegen den kirchliche Bruderschaften in bemerkenswerter Sinnlosigkeit Sturm laufen) nicht etwa besage, in der CDU seien nur Christen und nur in der CDU seien Christen. Vielmehr gehe es eben um die Darstellung der Fundamente, von denen aus man in der CDU Politik mache. Diese Fundamente seien durch das "Christentum" eindeutig gekennzeichnet. Die SPD nenne sich schliesslich sozial.

Von evangelischer Seite ist dem Bundeskanzler, Herr Dr. Otto Schmidt, M.E.L., beigeprungen und zuvorgekommen, der bei der Kasseler Tagung des Evangelischen Arbeitskreises erklärte, die Bezeichnung "CDU" besage nur etwas über die CDU, nicht über ihre Gegner. Der Name sei eine Selbstdarstellung.

Wer mit solchen Argumenten umgeht, mag dabei ein gutes Gewissen

haben. Eine intensive Kenntnis des theologischen Gesprächs und einen guten Überblick über die Geschichte der eigenen Partei hat er nicht. Wer seine theologische Substanz nur von Küneth und Redeker bezieht, ist nicht im Gespräch. Barth dürfte auch dazu gehören.

Dass eine Partei über frühere Voten ihrer Sprecher hinweggeht, weil die Situation sich geändert hat, ist verständlich. Dass sie die Maximen ihres politischen Weges ignoriert und ohne Beachtung dieser Maxime politisch handelt, wiegt schwerer.

Die von Adenauer, Schmidt und vielen CDU-Sprechern vorgebrachte These muss doch beinhalten, dass es ein den beiden Konfessionen gemeinsames Welt- und Menschenbild gibt und dass politische, realpolitische Entscheidungen dann in einer bestimmten Weise fallen können und müssen, wenn der Christ sie zu fällen hat. Nur so ist es doch zu verstehen, wenn das "C" wirklich noch irgend etwas zu besagen hat: Diese These wird aber - wie jede andere - nicht dadurch richtiger, dass man sie etwa in einem Wahlkampf ständig wiederholt. Und Irrtümer werden durch Additionen keine Richtigkeit.

An einem eklatanten Fall hat die CDU bewiesen, wie wenig es in ihrer theologischen Gemeinsamkeiten gibt, von denen her sie "christlich" zu entscheiden in der Lage ist. Sie hat in der Debatte über die Wehrdienstverweigerung das Argument gebracht, vertreten und ihm in der Abstimmung zum Siege verholfen, dass nur derjenige Anspruch auf Schutz habe, der grundsätzlich und für alle Fälle Nein zur kriegerischen Auseinandersetzung und zur Teilnahme an solchen Auseinandersetzungen sage. Wenngleich eine solche positive Bewertung nur des grundsätzlichen Pazifismus im Widerspruch zu den theologischen Aussagen mindestens der evangelischen Lehrer steht, wenngleich die SPD gemeinsam mit dem Ratschlag der Evangelischen Kirche in Deutschland (dem ja nicht bloss Heinemann und Wilk, sondern auch Bitelius und Lilje und Horntrich angehören!) gegen eine solche Auffassung Stellung nahm (und unterlag) - die CDU mag eine solche Meinung haben. Ob sie bei einem solchen Auseinanderklaffen ihrer Meinung und der der EKD nun gerade ihre Meinung als die christliche anbieten sollte, ist eine Frage, die sie selbst entscheiden muss.

Etwas anderes aber ist mindestens so gravierend: Es existiert



in der Bundesrepublik ein Buch mit Reden und Aufsätzen des verstorbenen zweiten Vorsitzenden der CDU, des Bundestagspräsidenten und Oberkirchenrats D. Dr. Hermann Ehlers, der wie kein CDU-Sprecher nach ihm Resonanz in Kreisen evangelischer Christen hatte. In diesem Buch "Um dem Vaterland zu dienen" setzt sich Ehlers schon lange vor dem Beginn der eigentlichen Diskussion mit der Kriegsdienstverweigerung auseinander und nimmt Stellung in überraschender Weise. Er erklärt nämlich, was Gemeingut der evangelischen Ethik ist: dass es für den evangelischen Christen kein grundsätzliches Gebot für alle Lebenslagen, sondern nur den konkreten Gehorsam dem lebendigen Herrn der Kirche gegenüber gebe. Grundsätzlicher Pazifismus sei - nach Ehlers Auffassung der biblischen Botschaft - in der Gefahr der Schwärmerie. Es sei durchaus denkbar, dass jemand in concreto seinen evangelischen Glauben einmal durch Wehrdienstverweigerung, einmal durch Wehrdienst praktiziere (während der katholische Christ zu der Auffassung neigt, im Normalfall sei Wehrdienst Gehorsam nach Paulus im Römerbrief Kap. 13). Das gelte es zu berücksichtigen.

So sprach Hermann Ehlers. Seine Partei aber entscheidet sich gegen seine Argumente, wenn sie von der SPD vorgebracht werden müssen, weil sich kein evangelischer Abgeordneter der CDU dazu findet. Seine Partei aber reklamiert seinen Namen immer noch für ihre Wahlkämpfe. Seine Partei findet sich im Gegensatz zu vielen Auslegern, in dieser und mancher anderen Frage. Sie lässt sich aber in der Defensive dazu drängen, ihren Parteimitgliedern als die Ankündigung der Verwirklichung des Christentums im politischen Raum zu verstehen und auszugeben.

Ob sie wenigstens im Hinblick auf die katholische Moraltheologie recht hat und ob deshalb die Einführung einer Gleichung Christentum gleich Katholizismus für den politischen Raum denen tunlich erscheinen wird, die auf das "C" Wert legen, das möge hier nicht untersucht werden.

Deutlich ist, dass es keinen, wirklich keinen sachlichen Grund mehr für die Beibehaltung des irreführenden Adjektivs "Christlich" im Namen der CDU gibt. Propagandistische sicher. Aber eben auch nur noch propagandistische.

Das ist der Stand der CDU, der größten Partei in der Bundesrepublik. Das "C" ist längst entlarvt. Man muss es nur immer wieder sagen, so lange es die CDU nicht tut.

Wohl bekomm's !

FB. - Der Freitag dieser Woche war ein recht interessanter Tag. Der Bundesrat billigte die Verträge über Gemeinsamen Markt und Euratom, das Kartellgesetz und das Gesetz über die Bundesnotenbank nahmen die letzte Hürde, Suhr wurde neuer Bundesratspräsident, in Frankreich erhielt Bourges-Maunoury die gewünschte Algerien-Vollmacht. Alles das konnte man am Sonnabendfrüh in den Tageszeitungen lesen.

Nur von einem Ereignis haben noch nicht einmal die Agenturen Kenntnis genommen, nämlich, dass die CDU-Delegierten-Versammlung des Wahlkreises Bonn-Stadt und Bonn-Land Dr. Konrad Adenauer zum Wahlkreiskandidaten gewählt hatten. Und dabei hatten die Delegierten sich solche Mühe gegeben, damit die Wahl auch recht schön einstimmig über die Bühne ging.

Der Wahlkreiskandidat war zwar bei seiner Nominierung nicht anwesend - warum dem Pöbel diese Ehre antun? - aber wie das bei Gedemütigten so ist, sie wurden noch serviler.

So kann man in einem schwülstigen Ergebenheits-Telegramm u.a. lesen: ... "hohe politische Auszeichnung"..., "erfolgreicher Bauherr unseres neuen freien deutschen Staatswesens..", "bewährter Steuermann..", "die Welt wird im Herbst auf Bonn schauen"..., und schliesslich "soll sich die Bevölkerung der grossen Verantwortung gewachsen zeigen".

Dieses Vakabularium ist nicht neu. Es entstand zu einer Zeit, da es zum guten Ton gehörte, vor Fürsten- und Diktatorenthronen einen krummen Rücken zu machen. Die Sache mit dem "erfolgreichen Bauherrn", dem "bewährten Steuermann" und der Welt, die irgendwo hinschaut, konnte man im Tausendjährigen Reich in jedem Kreisblatt lesen. Es fehlt nur noch die "Vorsehung". Wenn das so weiter geht mit den Ergebenheitstelegrammen, werden wir auch noch dahin kommen. Manchen Leuten scheint das so im Blut zu liegen, dass sie es nicht einmal nach tausend Jahren loswerden.

Im übrigen: Wohl bekomm's, wir verlassen uns lieber auf das selbständige politische Denken.

\* x \*

Verantwortlich: Günter Markschaffel